

Öffentliches Protokoll Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.11.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:47 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Detlev Blohm CDU

Wolfgang Dutsch CDU

Jörg Keller CDU

Manfred Eichhorn SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Norman Rothe SPD

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Martin Schumacher FDP

Angela Drewes WSI

Bastian Sue DIE LINKE

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Salih Kaya Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Gabriele Winter Seniorenbeirat

Verwaltung

Niels Schmidt Bürgermeister ab TOP 8

Gisela Sinz

Karl-Heinz Grass

Anneka Warsitz ab TOP 8

Katrin Matthies Protokollführung

Gäste:

5 Einwohner*innen

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Zu TOP 6:

Herr de Waal

DE WAAL PARTNERS GmbH

Herr Dr. Hoffmann

hoffmann e-mobility Center GmbH

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Die FDP-Fraktion bittet darum, den TOP 5.2 vor dem Antrag unter TOP 5.1 zu beraten.

Die Verwaltung schlägt vor, den TOP 8 im nichtöffentlichen Teil zu beraten, da andernfalls aus datenschutzrechtlichen Gründen zu dem im Antrag aufgeführten Einzelfall keine Auskünfte gegeben werden können. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen verweist darauf, dass der benannte Fall bereits öffentlich bekannt sei und auch in der letzten Sitzung des Planungsausschusses von ihr im öffentlichen Teil angekündigt wurde. Neue Informationen der Verwaltung würden zur Beratung nicht benötigt, daher wird dafür plädiert, den TOP im öffentlichen Teil zu beraten. Die SPD-Fraktion schlägt vor, den TOP im öffentlichen Teil zu beraten und bei Bedarf die Beratung zu unterbrechen und im nichtöffentlichen Teil fortzusetzen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 11 bis 12.3.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 19.10.2021 | |
| 4 | Präsentation des Jugendbeirates zu den Fahrradwegen in Wedel | |
| 5 | Rahmenplan Wedel Nord | |
| 5.1 | Antrag der FDP-Fraktion; hier: Begleitbeschluss zum Rahmenplan Wedel Nord | ANT/2021/043 |
| 5.2 | Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP; hier: Begleitbeschluss zum Rahmenplan Wedel Nord | ANT/2021/046 |
| 5.3 | Rahmenplan Wedel Nord; hier: Beschlussfassung | BV/2021/118 |
| 6 | Einvernehmen nach dem BauGB hier: Langenkamp 28, Nutzungsänderung | BV/2021/117 |
| 7 | Haushaltssatzung 2022 | BV/2021/108 |
| 8 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier: Umgang zu Abweichungen von Baugenehmigungen | ANT/2021/042 |
| 9 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel" | |
| 9.1 | Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung | |

10 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

10.2 Öffentliche Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

11 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 19.10.2021

12 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

12.1 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben

MV/2021/083

12.2 Bericht der Verwaltung

12.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

13 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es gibt keine offenen vorangegangenen Fragen.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Meyer hat bereits vor der Sitzung Fragen schriftlich bei den Fraktionen eingereicht. Er hat jedoch eine zusätzliche Frage.

Zurzeit bereitet die Stadt verschiedene bauliche Maßnahmen im Straßenverkehr vor, bzw. beauftragt die Planung. In den politischen Gremien wurde in der jüngeren Vergangenheit bei Anträgen zu verkehrlichen Maßnahmen immer auf das Mobilitätskonzept verwiesen und von neuen Beschlussfassungen abgesehen.

Die Stadt plant jedoch weiter, so z.B. am Tinsdaler Weg. In den Mobilitätswerkstätten gab es auch Ideen zum Tinsdaler Weg, die vielleicht nicht umsetzbar sind, wenn dort jetzt Baumaßnahmen durchgeführt werden. Zumindest könnten die Planungskosten dann umsonst ausgegeben worden sein.

Fragen:

Gibt es eine Aufstellung, an welchen Stellen im Stadtgebiet bereits Planungen bezüglich Fuß- und Radwegen, Kreuzungen, Querungen und Straßen laufen oder in Auftrag gegeben werden sollen? Wie werden die Bürger*innen und Anwohner*innen beteiligt?

Der Vorsitzende richtet die Frage an die Verwaltung, ob es möglich sei, eine solche Aufstellung zu liefern.

Frau Sinz bestätigt dies, weist jedoch darauf hin, dass bauliche Maßnahmen im Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss behandelt werden. Dazu gehört auch die (Ausführungs-) Planung der Baumaßnahme, daher sei der Planungsausschuss nicht das zuständige Gremium für die Anfrage.

Der Vorsitzende sagt zu, dass die Frage an den UBF weitergegeben wird.

Die WSI-Fraktion dankt Herr Meyer für den Hinweis, ihrer Ansicht nach werde das Mobilitätskonzept teilweise als Deckmantel genutzt, um andere Planungen unterzuordnen.

Die SPD-Fraktion findet den Vorschlag vernünftig, die Frage an den UBF weiterzugeben. So können sich Verwaltung und Fraktionen im Vorwege mit der Anfrage auseinandersetzen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass alle Beteiligten auf die Fertigstellung des Mobilitätskonzeptes warten. Anschließend müsse zuerst entschieden werden, welche Teile gewollt sind und die Frage beantwortet werden, welche Teile Wedel sich leisten kann und zu welchem Zeitpunkt. Es sei immer klar gewesen, dass Projekte, die sich in der Planungsphase befinden, nicht gestoppt werden, z.B. der Altstadtstadweg. Gleiches gelte für Projekte, bei denen die Bauausführung bevorstehe, z.B. am Breiten Weg. Es sei sinnvoll, dies in einem Ausschuss zu belassen, die Verwaltung könne dem UBF einen Überblick verschaffen.

Im Anschluss stellt Herr Meyer die vorab an die Fraktionen versandten Fragen.

Frage zum Kapitel 3.5.1 Äußere Erschließung:

Für den 1. Bauabschnitt mit 560 Wohneinheiten wird von ca. 2.400 zusätzlichen Fahrten im Kfz-Verkehr ausgegangen. Bei der Ermittlung dieser Zahl wurden verkehrsreduzierende Effekte durch moderne Mobilitätsangebote berücksichtigt. Im Kapitel 3.5.5 werden als solche genannt:

- Buslinie / ÖPNV
-

- Anbindung an das Radverkehrsnetz
- Lademöglichkeiten für E-Autos und E-Fahrräder
- Carsharing durch 2 Fahrzeuge
- Anordnung eines Mobilitätshubs als Wartepunkt für Fahrgemeinschaften

Gegenüber anderer üblicher Wohnquartiere in Wedel und anderswo stellt lediglich der Mobilitätshub als Wartepunkt für Fahrgemeinschaften ein Alleinstellungsmerkmal für eine Reduzierung des Kfz-Verkehrs dar.

Daher die Fragen:

Wie kann unter diesen Voraussetzungen davon ausgegangen werden, dass verkehrsreduzierende Effekte entstehen werden?

Wie viele Fahrten werden ohne Berücksichtigung verkehrsreduzierender Effekte prognostiziert (die gewählten Ansätze vergleichbarer Projekte z.B. in Wunstorf ergeben auf Wedel Nord umgerechnet über 3.000 Fahrten mit dem Kfz)?

Die CDU-Fraktion kann die Bedenken nachvollziehen. Im Verkehrsgutachten müssten 3.700 Fahrten pro Tag berücksichtigt werden, denn nur falls sich herausstellen sollte, dass die Angebote zur Verkehrsreduzierung im Gebiet Wedel Nord angenommen werden, wäre eine Berechnung mit 27 % Minderung zu rechtfertigen. Die CDU-Fraktion wird daher noch einen Antrag zum Rahmenplan im Rat stellen.

Die SPD-Fraktion hat als kritischen Punkt ebenfalls immer das steigende Verkehrsaufkommen gesehen, aber in diesem Fall sich dennoch für die Schaffung von Wohnraum entschieden. Es sei jedoch wichtig, dass der Anschluss an den ÖPNV (mit mindestens zwanzigminütiger Taktung) bereits installiert sei, bevor die Häuser stehen und die Bewohner*innen einziehen.

Die WSI-Fraktion dankt dem Fragesteller, der damit die Bedenken der Fraktion gegen die Realisierung des Gebietes Wedel Nord bestätigt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen verweist darauf, dass dieses Thema seit Jahren beraten werde, ihr Antrag zur Beschleunigung von verkehrsreduzierenden Maßnahmen im Planungsausschuss von fast allen Fraktionen abgelehnt worden sei. Bisher gebe es auch keine Bewegung bei dem Versuch, ein autofreies oder autoarmes Quartier in Wedel Nord einzurichten.

Frau Sinz erläutert, dass im Verkehrs- und Mobilitätskonzept zwei Ansätze untersucht wurden, mit und ohne verkehrsreduzierende Maßnahmen. Es wurde dort nachgewiesen, dass auch mit dem konservativen Ansatz von 3.700 Fahrten das Straßennetz in der Lage ist, diesen Mehrverkehr aufzunehmen.

Frage zum Kapitel 3.5.1 Äußere Erschließung

Der Rahmenplan umfasst zwei Bauabschnitte. Im letzten Satz des Kapitels wird aufgeführt, dass im Falle der späteren Realisierung des 2. BA ggf. weitere Maßnahmen notwendig werden. Detailliertere Punkte sind nicht angegeben. Auf der Bürgerinformation wurde erläutert, dass der 2. BA unmittelbar nach dem 1. BA, also in wenigen Jahren, realisiert werden soll. Insbesondere der Kfz-Verkehr auf der B431 entlang der Altstadt steht im morgendlichen Berufsverkehr bereits jetzt, so dass viele Fahrzeuge auf die Helgolandstraße und den Ansgariusweg ausweichen.

Daher die Fragen:

Welche Maßnahmen werden bei Realisierung des 2. BA erforderlich und in welcher Terminschiene sollen diese Maßnahmen umgesetzt werden?

Sind hierfür bereits Finanzmittel eingeplant und Planungen fertig, damit die erforderlichen Maßnahmen vor Baubeginn des 2. BA abgeschlossen sein werden?

Frau Sinz erläutert, dass die Verwaltung sich vorerst darum bemühe, nun eine Grundlage für den 1. Bauabschnitt zu schaffen und das Bebauungsplanverfahren zu beginnen. Bis dieser Bauabschnitt abgeschlossen sei, werden noch Jahre vergehen, anschließend könne man sich Gedanken zum 2. Bauabschnitt machen, für den in jedem Fall ein neues Verkehrsgutachten erforderlich sei. Daher sind derzeit auch noch keine Haushaltsmittel für den 2. Bauabschnitt eingeplant.

Die SPD-Fraktion bestätigt diese Sichtweise, mit der Fertigstellung des 1. Bauabschnittes sei erst ca. 2026 zu rechnen. Bei Überlegungen zum 2. Bauabschnitt, vermutlich erst ab 2030, müssen die dann gewählten Ratsmitglieder die Entscheidungen treffen.

Frage zum Kapitel 3.5.4 Radverkehr

Der Radverkehr soll eine maßgebende Rolle zur Reduzierung des Kfz-Anteils der zusätzlichen Verkehre spielen. Innerhalb des Quartiers Wedel Nord werden hierzu vom Kfz-Verkehr getrennte Fuß- und Radwegenetze vorgesehen. Dieses System befürworte ich explizit und hoffe, dass das Mobilitätskonzept für ganz Wedel ein solches System aufzeigen wird (und entsprechend umgesetzt wird). Ferner wird im Erläuterungsbericht als Voraussetzung einer hohen Nutzung des Radverkehrs eine gut ausgebaute und ganzjährig sicher befahrbare Radverkehrsinfrastruktur genannt. Diese Voraussetzung möchte ich an dieser Stelle um den Aspekt „bei jedem Wetter“ ergänzen.

Daher die Fragen:

Wie sollen die Radwege aus Wedel Nord an ein entsprechend ausgebautes Radverkehrsnetz angeschlossen werden und wann soll dieses Radverkehrsnetz entstehen?

Sollen der Fritz-Hörnig-Weg und der Jörg-Ballack-Weg, die aufgrund der vorhandenen Breite und der unbefestigten Oberfläche bereits jetzt zu Hochzeiten mit Konfliktpotenzialen zwischen Fußgängern und Radfahrern belastet und bei nasser Witterung nur sehr eingeschränkt befahrbar sind, Teile des Anschlusses sein?

Die CDU-Fraktion verweist auf den frühen Stand des Verfahren, das Bebauungsplanverfahren, voraussichtliche Dauer mindestens 18 Monate, wurde noch nicht begonnen. Daher kann noch nicht detailliert Auskunft gegeben werden, welche Radwege in welchen Bereich neu geplant oder ertüchtigt werden müssen. Auf der Tagesordnung sei ein Antrag mehrerer Fraktionen, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, jetzt mit der entsprechenden Planung zu beginnen.

Die SPD-Fraktion zeigt Verständnis für die Frage, die sich zwar auf den Rahmenplan bezieht, aber auch den Rest der Stadt in den Blick nimmt. Es sei noch nicht erkennbar, wie die Anwohner*innen von Wedel Nord mit dem Fahrrad zum Bahnhof kämen.

Herr Grass berichtet, dass auf der Informationsveranstaltung mögliche Wege vorgestellt wurden. In den Planungswerkstätten wurde jedoch deutlich, dass möglicherweise an manchen Stellen über Optimierungen nachgedacht werden muss. Benannt wurde beispielsweise der Jörg-Balack-Weg, auf dem zu Stoßzeiten Rücksichtnahme zwischen Fußgängern und Radfahrern erforderlich ist. Es stelle sich die Frage, ob bestehende Wege stellenweise verbreitert werden müssten oder Oberflächenbeläge verbessert werden können.

Auch die Querung von Straßen, beispielsweise an der Pinneberger Straße wurde angesprochen, mit diesen Themen werden sich die Stadtverwaltung und die Politik beschäftigen müssen. Hierfür sei jedoch während der Bebauungsplan- und Bauphasen ausreichend Zeit vorhanden.

Die WSI-Fraktion bezweifelt, dass mit den Aussagen zur Zeitschiene und den nicht vorhandenen Haushaltsmitteln die Planungen und Umsetzungen rechtzeitig abgeschlossen sind, bis die Bewohner*innen des Gebietes einziehen sollen.

Die SPD-Fraktion verweist darauf, dass der Ausbau des Jörg-Balack-Weges auf eine Breite von 4 Metern über die ganze Strecke bereits vor vielen Jahren beraten wurde.

Frage zum Kapitel 3.7.2 Klima / Energie

Im Erläuterungsbericht wird aufgeführt, dass der Klimaschutzplan der Bundesregierung für Deutschland einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 fordert. Von der erfolgten Bebauung bis zum Jahr 2050 sind es nur ungefähr 25 Jahre; die kalkulierte Nutzungszeit von Wohnbebauung geht deutlich über diesen Zeithorizont hinaus. Um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes in den kommenden knapp 30 Jahren erreichen zu können, muss bereits heute damit begonnen werden, neuen Wohnraum klimaneutral zu gestalten. Für das Projekt Wedel-Nord wird als Folgerung die Einhaltung der Kriterien für KfW-Effizienzhäuser 55 genannt.

Diese Häuser weisen gegenüber Altbauten im Betrieb eine bessere Energieeffizienz aus, benötigen aber dennoch Energie (i.d.R. fossile). Da die Kriterien der KfW-Effizienzhäuser

55 eine zu geringe Lenkungswirkung darstellen, wird die KfW ab dem Jahr 2022 diesen Standard vollständig aus der Förderung herausnehmen. Um die Ziele der Bundesregierung für 2050 erreichen zu können, müssen Bauvorhaben wie Wedel Nord bereits jetzt vollständig auf fossile Energieträger verzichten.

Daher die Frage:

Wie ist diese unzureichende Effizienzforderung für Wedel Nord mit der Ausrufung des Klimanotstandes im Jahr 2019 zu vereinbaren, nach der Nachhaltigkeit und Auswirkungen auf den Klimawandel bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen sind und nach Möglichkeit die Entscheidung zu bevorzugen ist, die den Klimawandel abschwächen?

Frau Sinz bestätigt, dass die KfW angekündigt hat, dass ab 2022 den Standard 55 nicht mehr förderfähig sein wird. Den Investoren ist dies bekannt und sie haben bereits kommuniziert, dass nun mit einem Energiestandard von mindestens 40 geplant wird. Die Firma Semmelhaack ist Klimapartner in Schleswig-Holstein und bemüht sich stets um klimafreundliche Bauvorhaben. Weitere Gespräche werden im Rahmen der Bauleitplanung geführt.

Die Einwohnerin Frau Römer meldet sich stellvertretend für die Anwohner*innen am Fahrenkamp zu Wort. Von diesen wird die Verstärkung der Buslinie 395 mit einer Taktung von 30 Minuten tagsüber und 60 Minuten nachts sehr begrüßt. Sie äußert jedoch ihre Sorge um die sichere Überquerung der Pinneberger Straße bei der dort geltenden Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 Km/h. Bereits im September wurde daher im entsprechenden Ausschuss des Kreises eine Unterschriftensammlung eingebracht, mit dem Ziel, eine sichere Querungsmöglichkeit zu schaffen. Sie möchte wissen, ob es hierfür bei der Stadt Wedel bereits Planungen gibt.

Herr Grass bestätigt, dass die Linie 395 ab Dezember 2021 in höherer Taktung fahren wird. Mit der Straßenverkehrs-Genossenschaft Schleswig-Holstein (SVG) wurde in einem Ortstermin besprochen, wie die notwendige neue Bushaldebucht am besten realisiert werden kann. Da die Stadt Wedel für die Baumaßnahme verantwortlich ist, wurden im Haushalt 2022 dafür 50.000 Euro vorgesehen, es werden jedoch 25.000 Euro an Fördermitteln erwartet. In den Abstimmungsgesprächen mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) wurde mitgeteilt, dass für die Einrichtung einer Querungshilfe oder einer Geschwindigkeitsreduzierung auf einer Landesstraße eine Frequenz von 50 Querungen pro Stunde notwendig sei. Der LBV hat daher bisher keine Unterstützung in dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt. Nach Rücksprache mit der unteren Verkehrsbehörde würde die Verwaltung vorschlagen, dennoch eine Reduzierung der Geschwindigkeit an dieser Stelle auf 60 km/h zu beantragen und Gespräche mit dem Straßenbaulastträger über die Möglichkeit einer Bedarfsampel zu führen. Für eine eventuelle Bedarfsampel müssten dann in der Haushaltsberatung für das Jahr 2022 noch ca. 30.000 Euro zusätzlich vorgesehen werden, damit bei einer Einigung mit dem LBV eine zügige Umsetzung gewährleistet ist.

Die Fraktion Die Linke empfindet die geforderte hohe Querungsfrequenz an einer Stelle, die wegen fehlender Sicherheit nicht zur Straßenquerung einlädt, als widersinnig.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet zusätzlich um Prüfung, ob beidseitig des Fahrenkamps, der zur Stadt Wedel gehört, an der Pinneberger Straße Ortschilder installiert werden könnten.

Frau Römer fragt nach, ob die notwendige Querungshilfe zusammen mit der Busbucht gebaut werden kann und weist darauf hin, dass am Marienhof keine 50 Personen pro Stunde die Straße queren würden und dennoch sei dort eine Bedarfsampel eingerichtet worden.

Herr Grass bestätigt, dass selbstverständlich die Baumaßnahmen kombiniert würden, wenn die Möglichkeit dazu besteht.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen meint, dass der Kreis ein hohes Interesse an einer kombinierten Baumaßnahme habe und sich eventuell an den Kosten für eine Bedarfsampel beteiligen würde.

2 Anhörung der Beiräte

Der Umweltbeirat hat sich mit dem Thema der Regenwasserbewirtschaftung befasst. Im nächsten Jahr ist eine Informationsveranstaltung zu den Folgen des Klimawandels in Wedel geplant.

Der Seniorenbeirat plant nach einem Workshop die Anfertigung eines Flyers über seine Tätigkeit.

Der Jugendbeirat wird in der nächsten Woche neu gewählt, die konstituierende Sitzung ist für den 09.12.2021 geplant.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 19.10.2021

Herr Wuttke beantragt folgende Änderungen am Protokoll:

Bei TOP 8.2, 3. Absatz:

(a): der Antrag nicht nur für die nächste Sitzung angekündigt, sondern auch bereits verteilt wurde;

(b) Ersetzung der Aussage "einer möglichen Zweckentfremdung einer Immobilie" durch die korrekte und konkrete Formulierung "einer Zweckentfremdung in der Pinneberger Str. 2"

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird mit den oben aufgeführten Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	2
CDU-Fraktion	3	0	1
SPD-Fraktion	2	0	1
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

4 Präsentation des Jugendbeirates zu den Fahrradwegen in Wedel

Herr Kaya stellt anhand einer Präsentation die Untersuchung der Radwege durch den Jugendbeirat vor.

Es gab für die Bewertung 7 verschiedene Kategorien mit jeweils 10 erreichbaren Punkten. Am schlechtesten wurde von den Jugendlichen der Radweg „Bahnübergang Autal - An der Windmühle“ mit 28 von 70 Punkten bewertet.

Herr Kaya stellt alle Wege anhand der Tabelle vor und zeigt einige Fotos.

Der Vorsitzende dankt dem Jugendbeirat für die geleistete Arbeit.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Zusammenstellung. Auch wenn die Wege alle bekannt seien, sei die Gesamtübersicht hilfreich. Sie bitte um Zurverfügungstellung der Präsentation.

Die Fraktion Die Linke merkt an, dass zu unterscheiden sei, welche der vorgestellten Wege offizielle Radwege seien.

Frau Sinz berichtet, dass es nach der Vorstellung im UBF, dem zuständigen Fachausschuss, bereits Kontakt zum Fachdienst Öffentliche Flächen gibt, um darüber eine Übersicht zu bekommen und Fragen aus dem UBF zu beantworten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen verweist darauf, dass der „Radweg“ am Breiten Weg offiziell ein Fußweg ist, auf dem Radfahren erlaubt sei. Bestätigt wird eine gewisse Problematik am Bahnübergang, da dort die Straßenbeleuchtung so angebracht sei, dass lediglich die Straße beleuchtet würde, der Radweg liege im Dunkeln. Zusätzlich sei der Weg hinter der Kurve an der Windmühle oft mit parkenden Autos versperrt.

Die WSI-Fraktion dankt dem Jugendbeirat, der sich naturgemäß hauptsächlich mit den Schulwegen befasst habe. Es sei trotz schlechter Haushaltslage den Kindern nicht zuzumuten, dass die Stadt hier keine Verbesserungen vornimmt.

5 Rahmenplan Wedel Nord

5.1 Antrag der FDP-Fraktion; hier: Begleitbeschluss zum Rahmenplan Wedel Nord ANT/2021/043

Der Antrag wird zurückgezogen.

5.2 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP; hier: Begleitbeschluss zum Rahmenplan Wedel Nord ANT/2021/046

Herr Schumacher bringt Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP ein. Er verweist darauf, dass in dem Antrag ein Teil der Fragen aus der Einwohnerfragestunde enthalten sei.

Als Ergebnis der Informationsveranstaltung im Rist Forum seien die Fragen zusammengefasst worden, die nun im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens für den 1. Bauabschnitt bearbeitet und beantwortet werden müssen.

Dazu gehören die zweifelsfreie Anbindung an den ÖPNV, die Sicherstellung der notwendigen Fahrradtrassen, die Prüfung eines möglicherweise erforderlichen Schulstandortes und die Identifizierung von Ausgleichsflächen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat sich dem vorliegenden Antrag angeschlossen um sicherzustellen, dass die Planung der zukünftigen Infrastruktur bereits jetzt begonnen wird. Der ÖPNV müsse bereits installiert sein, bevor die ersten Bewohner*innen einziehen. Wenn ein Schritt für den Klimawandel und die Mobilitätswende erreicht werden soll, muss die Verwaltung bereits jetzt den Auftrag bekommen.

Die Fraktion Die Linke teilt diese Ansicht und wird dem Antrag zustimmen.

Die CDU-Fraktion signalisiert ebenfalls ihre Zustimmung.

Beschluss:

Der Rat wird aufgefordert, bis zum Satzungsbeschluss über den B-Plan zum 1. BA Wedel Nord folgende Themen zu konkretisieren:

1. Zusätzlich zur Festlegung von Haltestellen für den ÖPNV bereits eine Linienführung zu bestimmen, die auch die Busanbindung des 2. BA umfasst.
 2. Die Fahrradtrassen für die Verbindungen zwischen Wedel Nord und der Innenstadt zu definieren und deren Fertigstellung zu terminieren.
 3. Die Wege- und Straßenverbindungen für einen neuen Schulstandort in der Nähe der südlichen KITA, dessen Realisierung vorgezogen im 2. BA erfolgen könnte, zu definieren und planerisch sicherzustellen.
-

4. Die Ausgleichsflächen, die innerhalb und außerhalb der beiden BAs infrage kommen, zu benennen und die Art und Weise der beabsichtigten Aufwertungen festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

5.3 Rahmenplan Wedel Nord;

BV/2021/118

hier: Beschlussfassung

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet um Information, ob ein Rahmenplan in der einmal beschlossenen Form dauerhaft gültig ist, oder sich den weiteren Entwicklungen (z.B. im Rahmen der Bebauungsplanbearbeitung) anpasst.

Herr Grass erläutert, dass ein Rahmenplan als vereinfachtes, unverbindliches Planungsinstrument grundsätzlich nicht aktualisiert wird. Sich verändernde Details, z.B. die KfW-Standards, werden Grundlage im Bebauungsplan. Sollten sich in der Zukunft größere Änderungen im Zuge des 2. Bauabschnittes ergeben, kann der Rahmenplan eventuell angepasst werden.

Der Seniorenbeirat stellt den Antrag zu prüfen, ob die geplante Senioreneinrichtung weiter südlich angeordnet werden kann. Der nördliche Teil des 1. BA sei schlecht an den bestehenden ÖPNV angeschlossen. Der Planungsausschuss wird gebeten, dies im Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

Die FDP-erinnert daran, dass in den langen vorangegangenen Beratungen zu dem nun vorliegenden Rahmenplan sind viele Themen ausführlich diskutiert wurden, sei es der 30%-Beschluss über öffentlich geförderte Wohnungen - der mit dem nun vorliegenden Entwurf weit übertroffen wird - oder die umstrittene Nordumfahrung und der nun beschlossene Verzicht auf die Verlegung der Bundesstraße. Es sei über die Größe und Lage der sozialen Einrichtungen, autofreie Stadtteile, den Wohnraumbedarf und die Auswirkungen eines Bauprojektes dieser Größe auf den Wedeler Haushalt diskutiert worden.

Durch die Zusammenarbeit von Investoren, Verwaltung und Politik sei es nun möglich, in Wedel viele preisgünstige Wohnungen zu schaffen.

Die SPD-Fraktion sieht in dem vorliegenden Rahmenplanentwurf ein Ergebnis der guten interfraktionellen Zusammenarbeit. Die Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum in dieser Größenordnung sei in Wedel fast einmalig. Gerade bei dem Thema Verkehr mussten hierfür jedoch Kompromisse eingegangen werden, eine optimale Lösung konnte nicht erreicht werden.

Die Fraktion Die Linke schließt sich dieser Stellungnahme an, hätte sich jedoch einen höheren Anteil an sozialem Wohnraum gewünscht. Der Antrag des Seniorenbeirates wird unterstützt.

Frau Sinz verweist darauf, dass zu diesem Antrag bereits in der letzten Sitzung Stellung bezogen wurde. Der Standort der Senioreneinrichtung wurde ausgiebig geprüft. Der notwendige Zulieferverkehr soll nicht durch die Wohngebiete geführt werden. Aus diesem Grund wurde der nun geplante Standort gewählt.

Die WSI-Fraktion kritisiert, dass bei den genannten Kompromisspunkten die aus ihrer Sicht negativen Folgen dieses Wohngebietes für den Klimawandel durch die Versiegelung der Flächen nicht zur Sprache kommen. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass dieses Neubaugebiet trotz des zu erwartenden Mehrverkehrs und der hohen Folgekosten für die soziale Infrastruktur realisiert würde. Die Stadt Wedel könne es sich mit der schlechten Haushaltssituation, dem schlechten Zustand der Radwege und dem notwendigen Schulausbau nicht leisten, ein neues Stadtgebiet zu bauen.

Die CDU-Fraktion erläutert, dass sie den Begleitbeschluss unter TOP 5.2 inhaltlich unterstützt hat, da viele Anregungen aus dem zweiten Bürgerforum aufgenommen wurden. Dennoch seien viele Fragen ungeklärt: Belastbarkeit des Verkehrsgutachtens, Knotenpunkt Marienhof, möglicher Mehrverkehr im Steinberg und die geplante S-Kurve am Autal. Denn selbstverständlich würden 560 Haushalte die Verkehrssituation in Wedel weiter belasten. Zur Ratssitzung wird daher ein Begleitbeschlussantrag der CDU eingereicht werden.

Beschlussempfehlung für den Rat:

Der Rat beschließt den Rahmenplan Wedel Nord, bestehend aus dem Erläuterungsbericht und dem Rahmenplan.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	1		3
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6 Einvernehmen nach dem BauGB

BV/2021/117

hier: Langenkamp 28, Nutzungsänderung

Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass Wedel zu wenig Standorte für Gewerbebetriebe hat und sieht die Umwandlung der Fläche daher kritisch.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betont, dass bei einem Geschäft für Elektrofahrräder auch eine Werkstatt angeschlossen sein muss, auch wenn die Werkstattfläche im Verhältnis zur Verkaufsfläche geringfügig ist. Die geplante Nutzung wird als positives Angebot für Wedel und nicht als Konkurrenz zum Einzelhandel in der Bahnhofstraße gesehen.

Die CDU-Fraktion unterstützt dies, nach ihrer Auffassung können „normale“ Fahrradgeschäfte die geplanten Sonderleistungen für Menschen mit körperlichen nicht erbringen. Die SPD-Fraktion bittet um Erläuterung des geplanten Konzeptes.

Herr De Waal berichtet, dass die Handwerkehöfe gebaut wurden, um Handwerkern und Gewerbetreibenden die Möglichkeiten zu geben, ihrem Gewerbe in energetisch guten Hallen nachzugehen. Die betroffene Halle bleibt zum größten Teil Gewerbefläche. Von Herrn Dr. Hoffmann kam die Idee, an diesem Standort ein Geschäft für Elektrofahrräder zu schaffen.

Herr Dr. Hoffmann erläutert, dass es nicht ausschließlich um den Verkauf von E-Bikes, sondern auch um die Folgeleistungen für z.B. Lastenräder, aber auch für Dreiräder für Men-

schen mit körperlichen Einschränkungen geht. Diese Fahrzeuge seien sehr groß und optimiert an die verschiedenen körperlichen Einschränkungen. Daher benötigen sowohl das Geschäft als auch der Werkstattbereich mehr Fläche, als ein normales Ladenlokal bereitstellen kann.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 31 und 36 Abs. 1 BauGB für die Nutzungsänderung in der Straße Langenkamp 28 in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	1	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	1	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

7 Haushaltssatzung 2022

BV/2021/108

Herr Burmester ruft die einzelnen Produkte in der Zuständigkeit des Planungsausschusses zur Aussprache auf.

Regionalpark:

Die CDU-Fraktion bittet um Informationen zur Mitgliedschaft in der Aktivregion: welche Vorteile entstehen dadurch? Ist der Kreis Pinneberg ebenfalls Mitglied in der Aktivregion? Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, inwiefern das Ziel „Förderung der Reduzierung der Emission durch die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr“ den Wedeler Teil des Regionalparks betrifft.

Stadt- und Landschaftsplanung

Die FDP-Fraktion bittet um Informationen zum Projekt an der Sauerbek und den eingeplanten 100.000 Euro für ein Modellprojekt Bahnhofstraße mit der Nachfrage, ob damit die Fortschreibung des alten Konzeptes verbunden ist.

Herr Grass erläutert, dass es sich bei der Sauerbek um die Fläche nördlich des Bullenseedamms handelt, die möglicherweise als Ausgleichsfläche in Frage kommt. Das Konzept wird im Planungsausschuss vorgestellt, sobald die Bestandsaufnahme abgeschlossen ist.

In der Bahnhofstraße wurde im Zuge des Mobilitätskonzept überlegt, einen Versuch für einen befristeten Zeitraum in der Bahnhofstraße durchzuführen. Um dies nach den dazu anstehenden Beratungen im nächsten Jahr bei positiver Beschlussfassung auch umsetzen zu können, ist die vorherige Einplanung von Haushaltsmitteln erforderlich. Mit diesem Projekt wurde auch die Anregung des Planungsausschusses, Projekte vorzubereiten und im Haushalt einzuplanen, um rechtzeitig Förderanträge z.B. für die Innenstadtbelebung reinreichen zu können, aufgenommen werden.

Stadthafen Wedel:

Die FDP-Fraktion bittet um Abgleich der Zahlen der Vorjahre und eine Übersicht, wann welche Summen auf das Treuhandkonto überwiesen wurden und welche Zahlungen in den nächsten Jahren noch zu leisten sind.

ÖPNV:

Herr Grass weist auf die eingeplanten Gelder für die Herstellung der Bushaltebucht Fahrenkamp und die möglichen Einnahmen von Fördermitteln hin.

Sollte es gelingen, mit dem LBV eine Einigung für eine mögliche Bedarfsampel an dieser Stelle zu erzielen, würden allerdings ca. 30.000 Euro mehr benötigt für die Baumaßnahme, die Ampelanlage und die Software. Diesen Mehrbedarf an Haushaltsmitteln müsse der Planungsausschuss beschließen. Selbstverständlich würden Fördermittel eingeworben, sofern dies möglich sei, diese würden dann als zusätzliche Einnahme in den Haushalt fließen. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen merkt an, dass der Umbau der Buskehre am Fahrenkamp eventuell kostspielig werden könnte, da es sich bei den auf dieser Linie eingesetzten Fahrzeugen auch um Gelenkbusse handele.

Herr Grass erläutert, dass eine Einfahrt der vorhandenen Kehre zukünftig geschlossen wird und der Bus in einer klassischen Haltebucht stoppen wird. Dennoch wird das eingeplante Geld ausschließlich für die Haltebucht benötigt, eine Bedarfsampel würde zusätzliche Mittel erfordern.

Auf Nachfrage bestätigt er, dass die Bedarfsampel eine sogenannte „schlafende“ Ampel wäre, die nur auf Anforderung in Betrieb gehen würde. Dennoch müsste dort grundsätzlich die Geschwindigkeit reduziert werden.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, wird der Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung vertagt.

8	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier: Umgang zu Abweichungen von Baugenehmigungen	ANT/2021/042
----------	---	---------------------

Herr Wuttke bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein.

Im konkreten Fall habe der Planungsausschuss ein Einvernehmen erteilt mit der Annahme, dass der Wohnraum in dem Bauvorhaben dem normalen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehe. Der vertraulichen Übersicht der Bauaufsicht könne entnommen werden, dass ein Antrag vorliegt, der auf eine Nutzungsänderung abziele. Die FDP-Fraktion ergänzt, dass dieser Antrag bereits seit 11.08.2021 vorliege.

Frau Sinz interveniert und weist darauf hin, dass Informationen aus vertraulichen Unterlagen aus dem nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung nicht im öffentlichen Sitzungsteil besprochen werden dürfen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen äußert, kein Verständnis für den Schutz des Antragstellers zu haben, zumal die Ferienwohnungen öffentlich angepriesen würden.

Zusätzlich sei zu bemängeln, dass der Fahrradabstellplatz vor dem Haus, der Teil der Baugenehmigung war, vom Bauherrn nicht realisiert wurde. Auch hier liege der Bauaufsicht ein Änderungsantrag vor.

Aus Sicht der Fraktion soll die ursprüngliche Baugenehmigung umgesetzt werden und keine Änderung zu gewerblichen Wohnen erfolgen. In der näheren Umgebung, die für die Beurteilung des Sachverhaltes betrachtet werden müsse, befänden sich lediglich kleinere Gewerbebetriebe für die wohnortnahe Versorgung, beispielsweise Bäcker, Restaurant und Fahrschule. Das Hotel sei von der Betrachtung auszunehmen, da es sich auf der anderen Seite der B431 befände. Die Verwaltung könne nicht zu einem positiven Bescheid gezwungen werden.

Bezüglich des zweiten Punktes des Antrages sei festzuhalten, dass die Verwaltung erst durch Zufall von der gewerblichen Vermietung erfahren habe. Hier sollten in der Verwaltung Voraussetzungen geschaffen werden, dass solche Fälle von gewerblicher Vermietung zukünftig aufgedeckt werden können.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass das gemeindliche Einvernehmen der Selbstverwaltung (durch die politischen Gremien) und die Genehmigungen der Unteren Bauaufsichtsbehörde zwei getrennte Rechtgebiete sind. Die Verwaltung hat grundsätzlich die Aufgabe, das zu genehmigen, was genehmigungsfähig ist. Er wird sich den Vorgang vorlegen lassen. Selbst-

verständlich solle kein Ausschuss in seinen Beratungsrechten beschnitten werden, aber persönliche Daten dürfen in öffentlicher Sitzung nicht beraten werden.

Die SPD-Fraktion bittet um Auskunft, warum die Verwaltung nicht tätig geworden sei und ob die Einhaltung der Baugenehmigungen nicht überprüft werde. So entstehe der Eindruck, ohne den Hinweis der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hätte die Verwaltung nicht eingegriffen.

Herr Schmidt verweist auf die Vielzahl an Vorgängen in der Bauaufsicht, denen nachträglich nicht im Detail dauerhaft nachgegangen werden könne. Hier sei man auch auf Hinweise von außen angewiesen, wie in diesem Fall erfolgt. Die Verwaltung ist hier auch bereits tätig geworden, genaueres könne jedoch lediglich im nichtöffentlichen Teil berichtet werden.

Die Fraktion Die Linke sieht ein Versäumnis der Stadtverwaltung, das ohne Mitwirkung der Politik nicht behoben worden wäre.

Herr Schmidt weist diese Anschuldigung zurück.

Die FDP-Fraktion erinnert an die Verabredung zum Umgang mit diesem TOP bei Beschluss der Tagesordnung und beantragt, die Beratung nun im nichtöffentlichen Teil fortzusetzen. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt die öffentliche Protokollierung der Abstimmung über den Antrag.

Diesem Vorgehen wird mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

1) Die Verwaltung wird gebeten, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die 2018 für Pinneberger Str. 2 erteilte Baugenehmigung durchzusetzen. Eine nachträgliche Genehmigung des gewerblichen Wohnens nach § 34 BauGB kommt nicht in Betracht. Insbesondere soll erreicht werden, dass ...

- a) sämtliche Wohnungen dem normalen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen,
- b) Autos ausschließlich in der Tiefgarage abgestellt werden und
- c) die zweite Gehwegüberfahrt vor der Giebelfassade zurückgebaut sowie die Dreiecksfläche entsiegelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

4 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	8	1
CDU-Fraktion	0	4	0
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	0	0	1
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

2) Da dieser konkrete Fall der Bauaufsicht nur durch Hinweise aus der Bevölkerung bekannt wurde, aber in Wedel beileibe nicht einzigartig ist, möge die Verwaltung den Gremien ein Konzept vorlegen, wie die Einhaltung von Bau- und Nutzungsgenehmigungen zukünftig systematisch kontrolliert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

4 Ja / 7 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	7	2
CDU-Fraktion	0	3	1
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	0	0	1
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

9 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Frau Sinz berichtet, dass am 26.10.2021 die AG Hafen getagt hat und das Protokoll an die Mitglieder versandt wurde. Nun beginnen die Gespräche des beauftragten Büros mit den Akteuren im Hafenbereich.

10 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

10.2 Öffentliche Anfragen

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet um Beantwortung ihrer Anfragen zur Querung der Pinneberger Straße Höhe Fahrenkamp, soweit dies nicht in der Einwohner*innen-Fragestunde oder beim TOP Haushaltssatzung geschehen ist.

(1) Welche Maßnahmen hält die Verwaltung für geboten: Deutlich erhöhte Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 oder 30 Km/h, Zebrastreifen, Bedarfsampel?

(2) Wer ist für solche Maßnahmen hinsichtlich Genehmigung und Finanzierung zuständig: Land, Kreis oder Stadt? Ist Wedel diesbezüglich bereits an externe Zuständige herangetreten?

(3) Beinhaltet der für die Herrichtung der Haltestelle im Wedeler Haushalt vorgesehene Betrag auch Kosten einer solchen sicheren Straßenquerung?

Herr Grass fasst die Antworten zusammen:

1. Die Verwaltung hält 60 km/h für geboten. Ein Zebrastreifen im Außenbereich ist nach Auskunft der unteren Verkehrsbehörde nicht zulässig. Für den Betrieb einer Bedarfsampel ist eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit an dieser Stelle zwingend.

2. Für die Maßnahmen wäre die Stadt zuständig, jedoch ist die Zustimmung des Straßenbaulastträgers Voraussetzung für alle Maßnahmen. Hier hat es bereits Gespräche mit dem LBV und der SVG gegeben.

3. Die derzeit im Haushalt eingeplanten Mittel für die Herrichtung der Haltestelle beinhalten keine Maßnahmen für eine mögliche Querungshilfe. Zusätzliche Mittel für eine Bedarfsampel in Höhe von ca. 30.000 Euro müssten nun angemeldet werden.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass im Beirat des Business Parks informiert wurde, dass mit verschiedenen Interessenten für große Flächen dort Gespräche stattfinden. Auch der

Langenkamp sei voll belegt. Gibt es Optionen, in Wedel weitere Gewerbeflächen auszuweisen? Welche Vorbereitungsschritte müssten dazu unternommen werden? Der Flächennutzungsplan weist bereits ein zusätzliches Gebiet aus, gibt es weitere Möglichkeiten? Kann dabei auch eine langfristige Lösung für die Ansiedlung des Recyclinghofes geprüft werden? In der Industriestraße sei es beispielsweise bedauerlich, dass die Firma Ytong das Gelände lediglich als Lagerfläche nutze, vielleicht gäbe es dort Potenzial.

Die SPD-Fraktion fragt nach dem Stand bei den Gesprächen zum Possehn-Gelände und den Möglichkeiten für die Nutzung als Gewerbe- oder Handwerksstandort.

Herr Schmidt berichtet, dass ihm die mündliche Zusage des Eigentümers vorliege, dass das alte Gebäude bis zum Jahresende abgerissen werden. Hier werde er kurzfristig Kontakt aufnehmen. Das Gelände ist bisher als Gewerbestandort ausgewiesen, der Wunsch der Stadt ist es, hier erneut Gewerbe anzusiedeln. Da es sich jedoch nicht um ein städtisches Grundstück handelt, ist der Einfluss begrenzt.

In einer Sitzung der SPD-Fraktion wurde angesprochen, dass die Verkehrssituation in Wedel derzeit sehr schwierig ist. Zu der längerfristigen Sperrung der Pinneberger Straße kam nun die Geschwindigkeitsbeschränkung im Steinberg und eine Beeinträchtigung durch eine Baustelle in der Wiedestraße hinzu. Die Fraktion möchte ihre Verwunderung darüber ausdrücken, dass hier keine Koordinierung der Maßnahmen erfolgt ist und solche Beeinträchtigungen parallel erfolgen.

Herr Schmidt äußert Verständnis für die Verwunderung. Die Baustelle in der Pinneberger Straße war ursprünglich für einen kürzeren Zeitraum angesetzt, die Stadtwerke haben die Verzögerungsgründe bereits in einigen Gremien erläutert. Bei den Baumaßnahmen in der Wiedestraße handelt es sich um Versorgungsleitungen, die gelegt werden müssen. Die Antragsteller solcher Hausanschlüsse können nicht monatelang vertröstet werden.

Die WSI-Fraktion berichtet davon, dass die gut besuchten Mobilitätswerkstätten interessante Ergebnisse hervorgebracht hätten. Hier stelle sich die Frage, wann die Politik beteiligt werde und wie die laufenden Verfahren in neue Konzepte eingebunden werden können.

Herr Grass erzählt, dass in Kürze ein Arbeitsgespräch zwischen Verwaltung und den beteiligten Büros geplant ist und dann die Ergebnisse in der AG Mobilität beraten werden. Erst im Anschluss werden diese dem Planungsausschuss vorgestellt.

Um 20:51 Uhr bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

13 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt um 21:46 Uhr die Öffentlichkeit wieder her. Im nichtöffentlichen Teil wurde der Beschluss zu TOP 8 aus dem öffentlichen Teil gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:47 Uhr.

Vorsitz:
gez. Burmester

Kay Burmester

Protokollführung:
gez. Matthies

Katrin Matthies

